

Tagesordnung III Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 21.07.2005

Vorlage Nr. 05-F-05-0007

**"Universitätsstandort Wiesbaden"
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 09.06.2005 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die sich jetzt bietende Chance, Wiesbaden als Hochschul- und Universitätsstandort zu etablieren und weiterzuentwickeln, darf nicht ungenutzt bleiben.

Die European Business School (ebs) hat bereits mehrfach Interesse bekundet, einen Teil ihres Lehrangebots, ihrer Forschungstätigkeit und ihrer Hochschulverwaltung in unsere Stadt zu verlegen. Der Bezug von Räumlichkeiten im Schiersteiner Rheingau-Palais stellt insofern nur den ersten Schritt der Verwirklichung dieses Vorhabens dar.

Als potentieller Standort eines Wiesbadener Universitätsangebots durch die European Business School kommt das Areal zwischen Moritz- und Oranienstraße bzw. Gerichts- und Albrechtstraße mit dem denkmalgeschützten Landgerichtsgebäude in Betracht, nachdem die Realisierung des Justiz- und Verwaltungszentrums an der Mainzer Straße im Jahr 2008 wahrscheinlich geworden ist.

Der Magistrat wird daher beauftragt, mit den Entscheidungsorganen der European Business School zu klären, unter welchen Voraussetzungen die European Business School sich eine Hochschulnutzung des Landgerichtsareals vorstellen kann, und die European Business School mit der Ausarbeitung einer konkreten, für die Stadt aber kostenlosen und unverbindlichen Planung zu beauftragen.

Beschluss Nr. 0302

1. Die sich jetzt bietende Chance, Wiesbaden als Hochschul- und Universitätsstandort zu etablieren und weiterzuentwickeln, darf nicht ungenutzt bleiben.
2. Die European Business School (ebs) hat bereits mehrfach Interesse bekundet, einen Teil ihres Lehrangebots, ihrer Forschungstätigkeit und ihrer Hochschulverwaltung in unsere Stadt zu verlegen. Der Bezug von Räumlichkeiten im Schiersteiner Rheingau-Palais stellt insofern nur den ersten Schritt der Verwirklichung dieses Vorhabens dar.
3. Der Magistrat wird daher gebeten, über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Folgenutzungen leer stehender Gebäude des Landes“ zu berichten unter dem Gesichtspunkt, welche räumlichen Möglichkeiten sich für die ebs ergeben.

(Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr 12.07.2005 BP 0173)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden,
im Auftrag

. 07.2005

Bohlmann

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden,
im Auftrag

.07.2005

1. Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat I/LOB und Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Jeske-Lipps